

Potenziale des Alters nutzen

Auf Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Mittel

1. im Rahmen der verfassungsmäßig garantierten Rundfunk- und Pressefreiheit geeignete Maßnahmen zur medialen Verbreitung positiver Altersbilder zu ergreifen, z. B. die Prämierung hervorragender Beiträge in Fernsehen, Hörfunk, Printmedien;
2. bestehende Altersgrenzen in allen Lebensbereichen zu überprüfen und für den Einzelfall zu klären, ob die jeweilige Begründung noch zeitgemäß und gerechtfertigt ist;
3. zu prüfen, ob der Eintritt in den Ruhestand noch flexibler gestaltet werden kann. Das wird von vielen Menschen gewünscht – trotz der bestehenden Möglichkeiten;
4. zu prüfen, wie die Altersgrenzen für den Eintritt in den Ruhestand, insbesondere im Tarifvertragsrecht des öffentlichen Dienstes und im Beamtenrecht flexibler gestaltet werden können;
5. Wachstum und soziale Sicherheit im demografischen Wandel sicherzustellen. Dies bedeutet, verstärkt die Potenziale und Ressourcen der zweiten Lebenshälfte zu aktivieren, auch für den Bereich Bildung und Qualifizierung, bei dem im Vergleich zu den nordischen Ländern der EU erheblicher Nachholbedarf besteht;
6. die Verwendung der durch den demografischen Wandel frei werdenden Mittel im Bildungswesen („demografische Rendite“) im Bildungssystem zu belassen;
7. an die Unternehmen zu appellieren, in den Erhalt der Arbeitsfähigkeit sowie die Weiterqualifizierung älterer Beschäftigter zu investieren, um die erforderliche längere Beschäftigungsfähigkeit zu erreichen;
8. die Dreiteilung der Lebenszeit in die Kategorien Jugend und Ausbildung, Erwachsenenalter und Erwerbstätigkeit sowie Alter und nachberufliche Zeit bzw. Ruhestand in Richtung einer Neuverteilung des Zeitbudgets zu flexibilisieren und neue Modelle zur Verteilung der Lebensarbeitszeit zu entwickeln und modellhaft zu erproben;
9. die Selbst- und Mitverantwortung in der Zivilgesellschaft zu stärken. Ältere Menschen haben im Vergleich zu früheren Generationen deutlich bessere Möglichkeiten, ein an eigenen Ziel- und Wertvorstellungen orientiertes Leben zu führen und an gesellschaftlicher Entwicklung teilzuhaben. Sie sollen unterstützt werden, für sich wie für die Gemeinschaft die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft zu nutzen. Hierzu ist die vollzogene Öffnung des neuen Bundesfreiwilligendienstes für ältere Menschen ein wichtiger und zu begrüßender Schritt;
10. an die Kommunen zu appellieren, eine Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement zu gestalten, die sich an realistischen Altersbildern ausrichtet;
11. durch Projekte der Gesundheitsförderung und Prävention die Gesundheit und die Lebensqualität im Alter zu verbessern;
12. die Gesundheitspolitik grundsätzlich an einer Gesellschaft des langen Lebens zu orientieren. Viele Krankheiten werden zu Unrecht als Alterserscheinung begriffen. Krankheit und Alter sind nicht kongruent und deshalb begrifflich und fachlich zu entkoppeln;

(weiter auf Seite 2)

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



nach Frankreich und Griechenland: Wird Wachstum künftig stärker schuldenfinanziert, dies war in dieser Woche eine stark diskutierte Frage.

Darauf kann es nur eine klare Antwort geben: Es wäre fatal, wenn man jetzt den Schluss ziehen würde, die europäische Politik für Währungsstabilität und Wachstum auszuhöhlen. Die Wahlen in Griechenland und der Präsidentenwechsel in Frankreich können und dürfen kein Anlass sein, die alten sozialistischen Ideen des leichten Geldes und der verantwortungslosen Verschuldung etwa in der Form von Euro-Bonds wieder auszugraben. Der Fiskalpakt und die Vereinbarungen für Wachstum und Beschäftigung sind und bleiben aus Unions-Sicht unverzichtbar. Dazu gehört, dass wir in Deutschland selbst unsere Maßstäbe einhalten. Wachstum kann man nicht kaufen, schon gar nicht auf Pump, sondern muss es sich u.a. durch Strukturreformen erarbeiten. Die Union ist in unserem in Bewegung geratenen Parteienspektrum der Stabilitätsanker, so wie es die von Angela Merkel geführte Bundesregierung in und für Europa ist. Im Übrigen: Einmal ausgehandelte Verträge können nicht durch Wahlen einfach alle verändert werden. Pacta sunt servanda!

Diese und weitere Themen und Termine begleiten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Informationsgespräch zum Aktionsplan Güterverkehr und Logistik, Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer
- Gesprächsrunde mit Einzelhandelsvertretern
- Verhandlungen zur Änderung des VIFG und des Bundesfernstraßenmautgesetzes
- Treffen mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im BMWi Peter Hintze zu Fragen der Veränderung von Energiekosten

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters und möchte Sie zudem auf meine Homepage www.cdu-sendker.de hinweisen.

Ihr



Reinhold Sendker MdB



Innenminister Jäger sollte auch Salafisten in die Schranken weisen

Das Demonstrationsrecht in beide Richtungen beschränken

Am 5. Mai haben salafistische Demonstranten in Bonn während einer islamfeindlichen Aktion der Partei „pro NRW“ die Polizei teilweise mit Messern angegriffen und dabei 29 Polizisten verletzt. Dazu erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagesfraktion, Günther Krings MdB:

„Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verurteilt jede Handlung, die Angehörige aller Religionen in Deutschland – Christen, Muslime oder Juden – provoziert. Daher ist es richtig zu versuchen, das Zeigen der Mohammed-Karikatur zu unterbinden. Aber Innenminister Jäger springt zu kurz, wenn er nur gegen die rechtsradikale pro NRW-Bewegung vorgeht. Die Polizisten sind von Salafisten, nicht von Rechtsradikalen niedergestochen worden. Er muss auch die gewalttätigen Salafisten in die Schranken weisen, damit sich die Situation nicht immer weiter hochschaukelt. Zum Wohle der Sicherheit und unserer Polizisten wäre es am besten, das Demonstrationsrecht in beide Richtungen zu beschränken.

Die gewaltbereiten Salafisten zeigen nun ihr wahres Gesicht. Wir erwarten, dass die Täter schnell bestraft werden. Wenn sich herausstellt, dass die Gewalttäter Ausländer sind, sollten sie zügig abgeschoben werden. Solche Straftäter gehören nicht in unser Land!“

(Fortsetzung von Seite 1)

13. in einem einheitlichen Berufsgesetz die bisher differenzierten Ausbildungen (Alten-, Gesundheits-, Kranken- und Kinderkrankenpflege) zusammenzuführen;
14. den Pflegebedürftigkeitsbegriff weiterzuentwickeln. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff muss anstelle des heutigen Verrichtungsbezuges auf die körperliche und ebenso auf die psychisch kognitive Beeinträchtigung der Selbständigkeit des Pflegebedürftigen abstellen und damit die Situation der Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz in ihrer individuellen Situation richtig erfassen;
15. die Umsetzung der bestehenden Regelungen zur Hospiz- und Palliativversorgung voranzutreiben und wo notwendig zu verbessern;
16. den Zugang und das Verständnis von moderner Technik als Chance zu begreifen. Insbesondere die moderne Kommunikationstechnik kann erheblich zu einer höheren Selbständigkeit im Alter beitragen;
17. darauf hinzuwirken, dass der Verbleib im gewohnten Umfeld durch geeignete Assistenz- und Hausnotrufsysteme erleichtert wird;
18. zu prüfen, ob und in welchem Umfang das Programm der KfW Bankengruppe „Altersgerecht Umbauen“ im Rahmen der Demografie-Strategie fortzuführen ist;
19. eine weitestgehende Barrierefreiheit zu schaffen. Dies ist nicht nur für Menschen mit Behinderung eine Möglichkeit, in größerer Unabhängigkeit zu leben. Barrierefreiheit nutzt im demografischen Wandel gerade der wachsenden Zahl betagter und hochbetagter Menschen in ihren täglichen Verrichtungen. Daneben können sich Eltern mit Kinderwagen und Menschen mit vorübergehenden Geheinschränkungen leichter im öffentlichen und privaten Raum bewegen. Barrierefreiheit ist hierbei umfassend zu verstehen: Internet, öffentliche Einrichtungen, öffentlicher Straßenverkehr und der öffentliche Personennahverkehr sind nur einige Beispiele. Bauwerke, die künftig vom Bund finanziert bzw. gefördert werden, müssen die Belange der Barrierefreiheit nach Maßgabe des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) erfüllen;
20. darauf hinzuwirken, dass die Belange der Barrierefreiheit in die Ausbildungscurricula der einschlägigen Studiengänge – wie beispielsweise Architektur, Ingenieurwissenschaften und Städtebau – sowie bei den entsprechenden Berufsausbildungen einfließen.

Impressum:

Ausgabe Nr. 09/2012
10. Mai 2012

Landesgruppe NRW
der CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421
Email:
fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth
Fabian Bleck